



**Europäischer Ausschuss  
der Regionen**

**RESOL-VII/031**

**157. Plenartagung, 9.–11. Oktober 2023**

## **ENTWURF EINER DRINGLICHKEITSENTSCHLIEßUNG**

### **Annahme der EntschlieÙung zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union 2023 mit Vorschlägen für die nächste Strategische Agenda der EU 2024–2029**

Vorlage der Fraktionen EVP, SPE, Renew Europe, EA und Die Grünen

**Frist für die Einreichung von Änderungsanträgen: 10. Oktober 2023, 16.00 Uhr (Ortszeit Brüssel)**

Änderungsanträge zu der EntschlieÙung sind vorzugsweise in englischer, französischer oder deutscher Sprache unter Verwendung des Online-Systems auf dem Mitgliederportal (<https://memportal.cor.europa.eu/>) zu übermitteln.

Bei Fragen wenden Sie sich bitte an den Helpdesk (Tel.: +32 (0)2 546 96 97, E-Mail: [helpdesk@cor.europa.eu](mailto:helpdesk@cor.europa.eu)). Ein Benutzerhandbuch ist unter <https://memportal.cor.europa.eu/> abrufbar.

DringlichkeitsentschlieÙung, vorgelegt gemäß Artikel 45 Absatz 3 Buchstabe b der Geschäftsordnung, zur Behandlung am zweiten Tag der Plenartagung, d. h. am 11. Oktober 2023. Der Punkt steht vorbehaltlich der Genehmigung durch das Präsidium in seiner Sitzung am 9. Oktober 2023 auf der Tagesordnung der Plenartagung.

Es sind mindestens 6 Unterschriften erforderlich.

## **Entwurf einer Entschließung zur Lage der Regionen und Städte in der Europäischen Union 2023 mit Vorschlägen für die nächste Strategische Agenda der EU 2024–2029**

DER EUROPÄISCHE AUSSCHUSS DER REGIONEN (AdR)

UNTER BEZUGNAHME AUF

- seinen *EU-Jahresbericht zur Lage der Regionen und Städte 2023*, der durch eine Umfrage unter lokalen und regionalen Mandatsträgern ergänzt wurde und den politischen Entscheidungsträgern auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene mit Blick auf die Festlegung der nächsten Strategischen Agenda 2024–2029 Aufschluss über die dringendsten Herausforderungen geben und grundlegende Empfehlungen dazu unterbreiten soll<sup>1</sup>;
- die Rede der Präsidentin der Europäischen Kommission zur Lage der Union 2023 vom 13. September 2023 und die Absichtserklärung an die Präsidentin des Europäischen Parlaments und den Präsidenten des Europäischen Rates;

IN DER ERWÄGUNG, DASS:

- durch den Krieg in der Ukraine zusätzlich zu den Auswirkungen des Klimawandels, den Folgen der COVID-19-Pandemie, den Störungen im Handel und sozialen Ungleichheiten große Belastungen für zahlreiche Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen sowie lokale und regionale Gebietskörperschaften in der gesamten EU erwachsen, die durch die Energie- und Lebensmittelpreise sowie die steigende Inflation noch stärker unter Druck geraten.
- A.** legt die **Empfehlungen des AdR aus dem *EU-Jahresbericht zur Lage der Regionen und Städte 2023*** für die kommende Legislaturperiode der EU vor:

### ***Bewältigung von Krisen durch die Regionen und Städte***

#### *Solidarität mit der Ukraine*

1. appelliert an die Europäische Union, die Ukraine weiterhin und verstärkt zu unterstützen, und fordert sie nachdrücklich auf, das Potenzial, die Kapazitäten und das Fachwissen ihrer Regionen und Städte im Hinblick auf den Wiederaufbau, Reformen (insbesondere im Bereich der Dezentralisierung) und die europäische Integration der Ukraine zu nutzen. Dazu sollten im Rahmen der Ukraine-Fazilität die wesentlichen Grundsätze der EU-Regionalpolitik zur Anwendung gebracht und die erforderlichen Mittel für den Kapazitätsaufbau und Peer-to-Peer-Projekte der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften bereitgestellt werden;
2. betont, dass der vom AdR koordinierten Europäischen Allianz der Städte und Regionen für den Wiederaufbau der Ukraine eine maßgebliche Rolle dabei zukommt, lokale und regionale Kapazitäten in der Ukraine zu stärken, die Peer-to-Peer-Zusammenarbeit zu fördern, die lokalen

---

<sup>1</sup> <https://cor.europa.eu/de/our-work/Pages/State-of-Regions-and-Cities-2023.aspx>.

Gebietskörperschaften in der Ukraine dabei zu unterstützen, sich mit dem Besitzstand der EU vertraut zu machen, und die Umsetzung des Dezentralisierungsprozesses beratend zu begleiten;

3. fordert eine verstärkte direkte Unterstützung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der Europäischen Union, damit sie die Aufnahme und Integration ukrainischer Flüchtlinge in die europäischen Städte und Regionen bewältigen und entsprechende Dienste bereitstellen können, vor allem in den Bereichen medizinische Versorgung, Bildung und Beschäftigung;

#### *Energiewende*

4. betont, dass die Energiewende in der EU durch den bevorzugten Einsatz lokal erzeugter und verbrauchter grüner Energie dazu führen soll, Energieautonomie zu erreichen. Die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und ihre gewählten Vertreter sind daher wichtige Katalysatoren und Beschleuniger für den Erfolg des grünen Wandels vor Ort und sollten als Partner umfassend eingebunden werden, um Konsultationen und Sensibilisierungsmaßnahmen auf lokaler Ebene zu ermöglichen; weist darauf hin, dass sich der AdR im Rahmen seiner Initiative „Der Grüne Deal – Going local“ und seiner Zusammenarbeit mit dem Konvent der Bürgermeister für die Förderung der Energiewende auf lokaler Ebene einsetzt;
5. fordert, dass die Regionen und Städte durch gezielte Finanzierungsmechanismen für nachhaltige Innovationen, auch in Form von Direktmitteln, zusätzliche Unterstützung und Investitionen von der EU erhalten sollten; eine solche Unterstützung sollte auf der REPowerEU-Initiative aufbauen und dazu beitragen, die Energieeffizienz zu verbessern, den Einsatz erneuerbarer Energien voranzutreiben, intelligente Netze zu entwickeln und die Kreislaufwirtschaft anzukurbeln, um auf diese Weise die lokale Energieerzeugung und den lokalen Energieverbrauch zu fördern und die Energieautonomie der EU zu stärken;

#### *Klimaschutz*

6. fordert die Europäische Kommission auf, die Nachahmung der in dem AdR-Handbuch „Der Grüne Deal – Going local“<sup>2</sup> beschriebenen bewährten Verfahren der lokalen Ebene zu unterstützen, da sich bestehende Ungleichheiten zwischen den Regionen infolge des Klimawandels mit seinen asymmetrischen Auswirkungen auf unterschiedliche Bevölkerungsgruppen, Schäden an kritischen Infrastrukturen und Störungen des Tourismus, der Industriecluster und der landwirtschaftlichen Produktion verschärfen werden; weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften maßgebliche Akteure im Kampf gegen den Klimawandel sind und als Erste in der Verantwortung stehen, wenn vor Ort Maßnahmen zur Eindämmung der negativen Auswirkungen des weltweiten Temperaturanstiegs ergriffen werden müssen;
7. weist mit Nachdruck darauf hin, dass die Klimawende fair und gerecht gestaltet werden muss, damit weder Regionen noch Menschen zurückgelassen werden; appelliert an die Europäische Kommission, ihre Solidaritäts- und Kohäsionsmechanismen zu verstärken, damit die Regionen

---

<sup>2</sup> <https://cor.europa.eu/de/engage/Pages/Green-Deal-Handbook.aspx>.

und Städte in der EU ihre Investitionen in die Anpassung an den Klimawandel und in ihre Klimaresilienz ausweiten und verhindern können, dass die am stärksten benachteiligten Gebiete und die schwächsten Gesellschaftsgruppen am härtesten getroffen werden; um ihre Regionen vor den schädlichen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, müsste die EU jährlich rund 40 Milliarden Euro investieren, sofern der weltweite Temperaturanstieg unter der 1,5°C-Grenze bleibt;

8. hebt hervor, dass der AdR mit der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission zusammenarbeitet, um die Nutzung seines Anzeigers für regionale und lokale Schwachstellen im Zusammenhang mit Katastrophen und klimawandelbedingten Risiken zu fördern, und erwartet, dass dieser Anzeiger zu einem Parameter für Resilienzstrategien wird und bei der Gestaltung der Kohäsionspolitik Berücksichtigung findet;

### *Ernährungssicherheit*

9. fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme umgehend zu veröffentlichen; macht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, dass Europa dringend weiter in eine nachhaltige lokale landwirtschaftliche Erzeugung investieren und deren Lieferketten verkürzen muss; die Bevorzugung lokaler Produkte, eine nachhaltige Beschaffung und die Umstellung auf nachhaltige Lebensmittelsysteme sind wesentliche Faktoren für mehr Ernährungssicherheit und eine resilientere Lebensmittelversorgung;
10. stellt heraus, dass der AdR gemeinsam mit der Europäischen Kommission die EU-Bio-Auszeichnungen ins Leben gerufen hat, um eine nachhaltige lokale Erzeugung in den Regionen der EU zu fördern;
11. ist bereit, einen Beitrag zu der angekündigten neuen Initiative zur Wasserresilienz zu leisten, und fordert einen strategischen Ansatz, um die Regionen dabei zu unterstützen, auf der Grundlage bestehender regionaler Erfahrungen mit der Verbrauchssenkung, der verstärkten Wiederverwendung und der Abwasserbehandlung Dürren zu bekämpfen und Wasserknappheit zu bewältigen;

### *Regionen und Städte im Einsatz für nachhaltige Entwicklung und Zusammenhalt*

#### *Der europäische Grüne Deal und die Nachhaltigkeitsziele*

12. fordert die Kommission und die Mitgesetzgeber nachdrücklich auf, die Umsetzung des europäischen Grünen Deals abzuschließen und dazu bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode die so wichtigen Legislativvorschläge zu Pestiziden, zur Wiederherstellung der Natur, zum Saatgut, zum Tierschutz und zum Gesetz für einen Rahmen für nachhaltige Lebensmittelsysteme anzunehmen;
13. unterstreicht die wichtige Rolle der Regionen und Städte für die erfolgreiche Umsetzung der Maßnahmen im Rahmen des europäischen Grünen Deals und der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen;

14. fordert die EU auf, einen kohärenten und konsolidierten Rahmen für nachhaltiges Wachstum zu schaffen, der die Klima-, Sozial- und Nachhaltigkeitsagenden in Einklang bringt, und Lücken bei Finanzierung, Wissen und Verfahren zu schließen, indem sie direkte Finanzierungen und konkrete Leitlinien bereitstellt, eine umweltgerechte und partizipative Haushaltsplanung fördert und einer guten Koordinierung, Flexibilität, Vereinfachung, Transparenz und besseren Kommunikation größere Bedeutung beimisst;
15. weist darauf hin, dass die AdR-Initiative „Der Grüne Deal – Going local“ als Vorbild für eine bessere Einbeziehung der Regionen und Städte in diese Bemühungen dienen kann, und fordert die anderen Institutionen auf, in diesem Bereich weitere Synergien mit dem AdR zu schaffen;

#### *Der grüne und der digitale Wandel*

16. macht darauf aufmerksam, dass der grüne und der digitale Wandel viele europäische Regionen und Städte vor existenzielle Herausforderungen stellt; unterstreicht, dass die Beteiligung der Regionen und Städte an der Governance neuer EU-Rechtsvorschriften wie der Verordnung zu kritischen Rohstoffen und der Netto-Null-Industrie-Verordnung unverzichtbar ist; fordert die EU auf, den AdR in die Leitungs- und Kontrollgremien für diese Rechtsvorschriften aufzunehmen;
17. hebt hervor, wie wertvoll die bestehenden und neu entstehende regionale Allianzen zur Unterstützung von Regionen im Wandel sind, wie etwa die vom AdR ins Leben gerufene Allianz der Automobilregionen oder die Europäische Allianz der Halbleiterregionen; weist darauf hin, dass die Allianz der Automobilregionen von den europäischen Mitgesetzgebern in den einschlägigen Rechtsvorschriften als der wichtigste Partner der Europäischen Kommission für eine Strategie für einen gerechten Übergang für Regionen mit einer starken Automobil- und Zulieferindustrie genannt wird;
18. fordert die EU auf, ihre Anstrengungen zur Stärkung der digitalen Resilienz der öffentlichen Verwaltungen auch auf subnationaler Ebene zu verstärken, beispielsweise durch Sensibilisierungskampagnen zu Cyberbedrohungen für Vertreter lokaler und regionaler Gebietskörperschaften. Dies ist insofern von größter Bedeutung, als die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der EU zur Zielscheibe von Cyberangriffen geworden sind, was die vorübergehende Abschaltung wichtiger öffentlicher Infrastrukturen mit gravierenden Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger zur Folge hatte; bedauert, dass viele Regionen und Städte nicht über das erforderliche Know-how sowie die finanziellen Ressourcen und organisatorischen Kapazitäten zum Erreichen digitaler Resilienz verfügen;

#### *Die Zukunft der Kohäsionspolitik*

19. weist darauf hin, dass die Kohäsionspolitik als langfristige Investitionstätigkeit eine entscheidende Rolle dabei spielt, das Entwicklungsgefälle zwischen den Regionen auszugleichen, den Binnenmarkt leistungsfähiger zu machen und etwas gegen die Geografie der Unzufriedenheit zu unternehmen;

20. fordert die EU auf, weiter an einer starken, ortsbezogenen Kohäsionspolitik mit einem missionsgeleiteten Konzept zu arbeiten, die allen Orten und Menschen in der EU zugutekommt. Der Grundsatz „dem Zusammenhalt nicht schaden“ muss in allen Politikbereichen und bei allen Initiativen der EU zur Anwendung kommen, indem umfassende territoriale Folgenabschätzungen durchgeführt werden;
21. bedauert, dass die neue STEP-Verordnung und die Vorschläge zur Überarbeitung des MFR die zentral verwalteten Instrumente der EU stärken, ohne dass eine Aufstockung der Haushaltsmittel für die Kohäsionspolitik vorgesehen ist; weist darauf hin, dass die vom AdR gemeinsam mit den wichtigsten europäischen Verbänden der Gebietskörperschaften gegründete Allianz für Kohäsionspolitik ein Forum für die Debatte und den Austausch bietet und die EU-Institutionen mit den Städten und Regionen in Kontakt bringt;

### *Die Agenda für den ländlichen Raum*

22. macht darauf aufmerksam, dass bis 2033 im Vergleich zum Bezugsjahr 1993 schätzungsweise 30 Millionen Menschen aus den ländlichen Gebieten Europas abgewandert sein werden; hebt hervor, dass junge Menschen und Familien ländliche Gebiete aufgrund mangelnder Beschäftigungsmöglichkeiten und fehlender öffentlicher Dienstleistungen wie Schulen, Krankenhäuser, öffentlicher Verkehrsmittel und digitaler Konnektivität verlassen;
23. fordert die EU auf, mehr in die ländlichen Gebiete zu investieren, da sie in Bereichen wie der Erzeugung von Energie aus erneuerbaren Quellen, nachhaltigen Lebensmitteln sowie Erhaltung und Wiederherstellung der Natur einen wichtigen Beitrag zum ökologischen Wandel leisten;
24. unterstreicht, dass die nächste Generation kohäsionspolitischer Programme und die Aufbau- und Resilienzpläne Investitionen und Reformen fördern müssen, um die Talententwicklungsblockaden in den Regionen der EU zu lösen, die Wirtschaftsaussichten für junge Menschen zu diversifizieren und das wirtschaftliche und soziale Wohlergehen ländlicher Gemeinschaften sicherzustellen;

### *Regionen und Städte gestalten die Zukunft Europas*

#### *Demokratie in Europa*

25. weist darauf hin, dass sich die 1,2 Millionen Vertreterinnen und Vertreter lokaler und regionaler Gebietskörperschaften bei der Förderung und Verteidigung der Demokratie in Europa in einer einzigartigen Position befinden, da sie die politische Ebene vertreten, der die Bürgerinnen und Bürger am meisten vertrauen; gleichzeitig bekommen sie aber auch die zunehmende Unzufriedenheit am unmittelbarsten zu spüren und werden verstärkt zur Zielscheibe von Hetze, physischer Gewalt und Gewalt im Netz, die sich insbesondere gegen Politikerinnen und gegen Angehörige von Minderheiten richtet; verweist in diesem Zusammenhang auf das Vermächtnis von Bürgermeister Paweł Adamowicz in Bezug auf die Verteidigung der lokalen Demokratie und bekräftigt sein Engagement, dieses Vermächtnis durch die Vergabe des Paweł-Adamowicz-Preises weiterhin zu ehren;

26. weist darauf hin, dass mehr als 70 % der EU-Rechtsvorschriften von den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften umgesetzt werden, die daher konkrete Rückmeldungen zur europäischen Politik geben können und unbedingt stärker und besser in die Politikgestaltung und Beschlussfassung der EU eingebunden werden müssen;
27. fordert die EU auf, Vertreter der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften und den AdR systematisch in den Dialog zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den EU-Institutionen im Anschluss an die Konferenz zur Zukunft Europas einzubinden und die europäischen Werte und die Bürgerbeteiligung auf regionaler und lokaler Ebene zu fördern, indem konkrete Projekte unterstützt werden; verweist diesbezüglich beispielhaft auf die in der Datenbank „Förderung der europäischen Werte durch Bildung und Kultur“<sup>3</sup> aufgeführten bewährten Verfahren;
28. macht darauf aufmerksam, dass das Programm für junge Mandatsträger des AdR und sein Europäisches Netz der Regional- und Gemeinderäte die Verbindungen zwischen den EU-Institutionen und den lokalen Gemeinschaften stärken, die Beteiligung junger Menschen fördern, Desinformation entlarven und den politischen Entscheidungsträgern auf EU-Ebene nützliche Einblicke geben können;

#### *Die Erweiterung der Europäischen Union*

29. verweist auf den möglichen Mehrwert, den die Regionen und Städte der EU zur EU-Erweiterung beitragen können, indem sie die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften der Bewerberländer und möglichen Bewerberländer politisch und praktisch unterstützen, z. B. durch die Förderung von Peer-to-Peer-Kooperationsformaten;
  30. weist darauf hin, dass frühere Erweiterungsrunden gezeigt haben, dass die Dezentralisierung und die Einbeziehung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in die Heranführung an die EU entscheidende Erfolgsfaktoren sind;
  31. spricht sich für eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit benachbarten lokalen und regionalen Gebietskörperschaften aus; betont, dass der AdR eine besondere Rolle bei der Unterstützung der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in den Bewerberländern und möglichen Bewerberländern spielen kann, um sie auf den EU-Beitritt vorzubereiten und der wachsenden Erweiterungsmüdigkeit entgegenzuwirken;
- B. spricht im Hinblick auf die Gestaltung des nächsten Politikzyklus der EU und der nächsten Strategischen Agenda der EU 2024–2029 folgende Empfehlungen aus:**
32. betont, dass die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der laufenden Legislaturperiode für ein stabiles demokratisches Gefüge der Union gesorgt, die Reaktion der EU auf große Krisen wie COVID-19, den Klimawandel und die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine vor Ort in Maßnahmen umgesetzt und den Weg der Nachhaltigkeit und des Zusammenhalts hin zum grünen und zum digitalen Wandel geebnet haben;

---

<sup>3</sup> <https://cor.europa.eu/de/regions/Pages/EIR-map.aspx?view=stories&type=sedec>.

33. begrüßt, dass die Kommission Überprüfungen der Politik, unter anderem zur EU-Erweiterung, vorschlagen wird (die während des belgischen Vorsitzes vorgelegt werden sollen); fordert die Kommission auf, den AdR und die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften frühzeitig in die Vorbereitung dieser Überprüfungen einzubeziehen;
34. fordert die Europäische Kommission auf, die nächste Strategische Agenda 2024–2029 unter Beteiligung aller Regierungs- und Verwaltungsebenen auszuarbeiten, damit sämtliche Ideen und Ressourcen der Union zur Bewältigung der wichtigsten anstehenden Herausforderungen von unten nach oben entwickelt und bereitgestellt werden können;
35. betont ferner, dass die Europäische Union ihre proaktive Rolle bei wichtigen globalen Trends und Veränderungen ausbauen sollte, indem sie die Zusammenarbeit zwischen lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Behörden im Bereich der strategischen Vorausschau und der Vorsorgemaßnahmen intensiviert; dies wird zur Gestaltung einer Strategischen Agenda der EU 2024-29 beitragen, die auch in sich rasch verändernden Szenarien Bestand hat;
36. unterstreicht, dass weiterhin in den Weg der nachhaltigen Entwicklung investiert werden muss, indem der europäische Grüne Deal und die Ziele für nachhaltige Entwicklung als wichtige Richtschnur bei der Festlegung der Prioritäten für die nächsten fünf Jahre bestätigt werden;
37. betont, dass der wirtschaftliche, soziale und territoriale Zusammenhalt mehr denn je eine Voraussetzung für die Zukunft Europas ist; weist auf den Mehrwert der Kohäsion als grundlegender Wert und übergreifendes Ziel der EU hin und fordert, den Zusammenhalt in den Mittelpunkt der neuen Strategischen Agenda 2024–2029 zu stellen, damit der Klimawandel nicht zu weiteren Ungleichheiten zwischen den Regionen führt und Politikverdrossenheit und Unzufriedenheit langfristig entgegengewirkt wird;
38. unterstreicht, dass nachhaltiges Wachstum und wirtschaftlicher Wohlstand im EU-Binnenmarkt von der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen industriellen Basis, ihrer Fähigkeit, eine Führungsrolle beim technologischen Wandel zu übernehmen, und der Widerstandsfähigkeit ihrer Wertschöpfungsketten abhängen; fordert die EU in diesem Zusammenhang auf, für wichtige Industriecluster und sensible Bereiche wie Lebensmittel, Gesundheit, Automobilindustrie, Chemie, Textilien, Energie und Digitales einen förderlichen rechtlichen Rahmen zu schaffen, der es ihnen ermöglicht, ihre Geschäftstätigkeit in der EU fortzuführen und auf den internationalen Märkten wettbewerbsfähig zu sein;
39. fordert, eine künftige Agenda für ein global wettbewerbsfähiges Europa in engerer Partnerschaft mit den lokalen und regionalen Gebietskörperschaften auszuarbeiten, die in vielen Bereichen zu anerkannten globalen Akteuren werden; fordert in diesem Zusammenhang nachdrücklich eine stärkere Beteiligung subnationaler Gebietskörperschaften nicht nur an multilateralen politischen Foren wie denen der Vereinten Nationen, sondern auch im Rahmen der strategischen Partnerschaften der EU, indem Plattformen für die Zusammenarbeit mit Städten und Regionen anderer Kontinente stärker unterstützt werden;



40. betont, dass vermehrt systemische Vorsorge für die häufigeren humanitären Krisen in Verbindung mit Klima- oder anderen Naturkatastrophen in der EU und weltweit getroffen werden muss; hebt hervor, dass Regionen und Städte eine zentrale Rolle dabei spielen, Europa – auch auf globaler Ebene – zu einem Verfechter der Solidarität zu machen, und fordert die EU auf, strategische Partnerschaften zu stärken und einen Rahmen zu schaffen, mit dem die Krisenvorsorge und -reaktion der EU auf allen Regierungsebenen verbessert wird;
41. weist warnend darauf hin, dass die Union angemessene Haushaltsmittel benötigen wird, um die globalen und europäischen Ziele der künftigen Strategischen Agenda 2024–29 zu erreichen und sich für das nächste Jahrzehnt zu wappnen; betont, dass für ausreichende Investitionen gesorgt werden muss, damit jede Region den grünen, den digitalen, den industriellen, den gesellschaftlichen und den demografischen Wandel bewältigen kann; spricht sich für eine Stärkung der europäischen Haushaltsmechanismen aus, um unvorhergesehene Krisen und Notfälle abgestimmt und solidarisch bewältigen zu können; fordert die EU auf, gründlich zu untersuchen, wie sich der russische Krieg gegen die Ukraine voraussichtlich langfristig auf den Unionshaushalt auswirken wird;
42. weist darauf hin, dass die europäischen Bürgerinnen und Bürger deutlich gefordert haben, das europäische Governance-System weiterzuentwickeln, und ist der Ansicht, dass die Ergebnisse der Konferenz zur Zukunft Europas eine ehrgeizige Reform der Funktionsweise der EU verlangen, damit die anstehenden Herausforderungen angegangen werden können;
43. unterstützt in diesem Zusammenhang die Forderung des Europäischen Parlaments nach Einberufung eines Konvents durch Einleitung des Verfahrens zur Überarbeitung der Verträge (Artikel 48 EUV) und weist darauf hin, dass der AdR und seine Mitglieder an einem künftigen Konvent umfassend beteiligt werden sollten;
44. ist der Ansicht, dass in der Zwischenzeit durch eine Optimierung der geltenden Vertragsbestimmungen mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht im Beschlussfassungsprozess der EU und eine stärkere Gewichtung von Subsidiarität, Multi-Level-Governance und der Rolle des AdR erreicht werden sollten; hält in diesem Zusammenhang eine Überarbeitung der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung im nächsten Politikzyklus für unerlässlich;
45. erinnert daran, dass die Konferenz zur Zukunft Europas gefordert hat, die Rolle des AdR innerhalb der institutionellen Architektur in Angelegenheiten mit territorialen Auswirkungen zu stärken. Im Zuge der Überarbeitung der Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und dem Europäischen Parlament können hierbei Fortschritte erzielt werden; dies gilt auch für die systematische Einbeziehung des AdR in wichtige Initiativen mit territorialer Dimension während des gesamten Politikzyklus, von der prälegislativen und der legislativen Phase bis hin zur Umsetzung und Überprüfung;
46. begrüßt die Pionierarbeit, die die Europäische Kommission in dieser Mandatsperiode im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter geleistet hat, und bekräftigt das Engagement des AdR bei allen einschlägigen Dossiers; verpflichtet sich, die Gleichstellung der Geschlechter unter seinen Mitgliedern und bei seiner Arbeit zu fördern, die Stärkung der Rolle der Frau bei

Kommunal- und Regionalwahlen zu unterstützen und gegen Diskriminierung, Gewalt und Hindernisse vorzugehen, mit denen Frauen nach wie vor in allen Lebensbereichen konfrontiert sind; weist erneut darauf hin, dass Städte und Regionen umfassende Rahmen, Strategien und geschlechtersensible Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt konzipieren und umsetzen können;

47. beauftragt seinen Präsidenten, den EU-Jahresbericht zur Lage der Regionen und Städte 2023 sowie diese Entschließung der Präsidentin des Europäischen Parlaments, der Präsidentin der Europäischen Kommission und dem Präsidenten des Europäischen Rates sowie den Staats- und Regierungschefs der 27 EU-Mitgliedstaaten zu übermitteln, und ruft die regionalen und lokalen Mandatsträgerinnen und Mandatsträger in Europa auf, den Bericht bei den Bürgerinnen und Bürgern sowie den lokalen und regionalen Medien bekannt zu machen.

Brüssel, den 11. Oktober 2023

Der Präsident  
des Europäischen Ausschusses der Regionen

Vasco Alves Cordeiro

---